

Halbierungsinitiative: Auch in der Region sind die Fronten verhärtet

Die SRG hat am Donnerstag im Gymnasium Biel zur Debatte über die Halbierungsinitiative geladen. Die Diskussion mündete in einen Schlagabtausch zwischen Links und Rechts. Insbesondere die Kernaufgabe der SRG gab zu reden.

Sébastien Goetschmann
Übersetzung: Jana Tólos

Am 8. März stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «200 Franken sind genug!» ab. Die Initiative fordert, dass die Abgabe für Radio- und Fernsehinhalte von heute 335 auf 200 Franken pro Haushalt gesenkt wird und Unternehmen ganz davon befreit werden. Die Kürzung hätte massive Auswirkungen auf die Programme der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) (siehe Zweittext unten).

Es erstaunt daher nicht, dass Jean-Michel Cina, Präsident der SRG, am Donnerstagabend auch in Biel vor der Initiative warnt. Die SRG hat am Gymnasium Biel zu einer öffentlichen Debatte geladen. Die Initiative gehe, so Cina, zu weit. Würde die Vorlage angenommen, hätte die SRG ab 2029 nur noch rund 630 Millionen Franken an Gebühren zur Verfügung. Also etwa die Hälfte des derzeitigen Betrags.

Neben den Auswirkungen auf die Inhalte würde dies auch die fast 3000 Arbeitsplätze innerhalb des Unternehmens gefährden, sagt der SRG-Präsident. Weitere 3000 würden indirekt in anderen Unternehmen verloren gehen, etwa für Autoren, Schauspieler, audiovisuelle Produktionsfirmen, Baugewerbe, Hotellerie und mehr.

«Viel Einsparpotenzial»

SVP-Nationalrat Manfred Bühler aus Cortébert sieht das anders. Er findet, dass sich die SRG auf ihre Kernaufgabe als öffentlich-rechtliche Einrichtung konzentrieren soll. «Sie muss qualitativ hochwertige Informationen und politische Debatten liefern, aber Unterhaltung und Sport sind für die Meinungsbildung nicht wesentlich», sagt er in der Debatte. «Im Mammutunternehmen SRG gibt es genü-



Die Einsparungen bei der SRG hätten auch Folgen für die anderen Medien in der Schweiz, ist Virginie Borel, Direktorin des Forums für Zweisprachigkeit und Journalistin, überzeugt. Bild: Anthony Anex/Keystone

Das will die Halbierungsinitiative

Derzeit zahlen Privathaushalte eine Radio- und Fernsehgebühr von 335 Franken pro Jahr. Mehrwertsteuerpflichtige Unternehmen müssen ebenfalls eine Gebühr entrichten, wenn ihr Umsatz 500'000 Franken oder mehr beträgt, wobei die Höhe der Gebühr vom Umsatz abhängt.

Die Initiative «200 Franken sind genug!», die am 10. August 2023 mit mehr als 126'000 Unterschriften eingereicht wurde, wird hauptsächlich von der SVP und dem Schweizerischen Gewerbeverband getragen. Sie fordern, dass die Serafe-Gebühr für Privathaushalte auf 200 Franken gesenkt wird, dass alle Unternehmen davon befreit werden und sich die SRG darauf beschränkt, einen «für die Gemeinschaft unverzichtbaren Dienst» zu erbrin-

gen. Die Initianten sehen nicht ein, dass alle Haushalte 335 Franken pro Jahr für Fernsehen und Radio bezahlen müssen; unabhängig davon, ob sie diese nutzen oder nicht, ob nur eine Person oder mehrere Personen im Haushalt leben und ob die im Haushalt lebenden Personen blind oder taub sind. Ausserdem weisen sie darauf hin, dass die Schweizerinnen und Schweizer die höchsten Radio- und Fernsehgebühren der Welt zahlen.

Wird die Initiative angenommen, müsste die SRG laut Botschaft des Bundes ihre Programme reduzieren und Sendungen streichen. Ab 2029 würde sie nur noch rund 630 Millionen Franken einnehmen, also etwa die Hälfte des derzeitigen Betrags. Infolgedessen würde die regionale Be-

richterstattung eingeschränkt und Produktionsstätten würden geschlossen. Darüber hinaus könnte die SRG praktisch keine Unterhaltungs- und Sportsendungen mehr ausstrahlen. Nach Schätzungen einer Studie von BAK Economics müsste die SRG fast 3000 Stellen streichen.

Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab, da sie ihrer Meinung nach zu weit geht. Die Regierung hat daher einen Gegenvorschlag verabschiedet, der vorsieht, die Gebühren für Haushalte bis 2029 schrittweise auf 300 Franken zu senken. Auch Unternehmen werden von einer Entlastung profitieren: Ab 2027 werden nur noch etwa 20 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen eine Abgabe zahlen. (sgo/jat)

gend Einsparpotenzial», so Bühler weiter. Jean-Michel Cina hält dagegen: Mit halb so viel Geld könne man nicht mehr die gleichen Leistungen in den Bereichen Information, Kultur, Sport, Unterhaltung und Bildung erbringen, und das alles in vier Sprachen.

David Biner, Journalist bei der «Weltwoche», kritisiert seinerseits die mangelnde Vielfalt der SRG. «Die meisten Journalisten sind linksgerichtet. Ich bin nicht bereit, 335 Franken pro Jahr für diesen Service zu bezahlen», sagt er. Jean-Michel Cina entgegnet darauf, dass es zwar linke Journalistinnen und Journalisten gebe, man aber nicht alle über einen Kamm scheren dürfe. «Man muss sie an dem messen, was sie produzieren. Sie halten sich an ihre berufsethischen Pflichten, was mehrere Studien bestätigen.» Ausserdem gebe es Kontrollorgane.

Gemäss einer Studie der ZHAW sind rund zwei Drittel der Journalistinnen und Journalisten links oder eher links. Allerdings bezeichnet die letzte Untersuchung des Forschungszentrums für Öffentlichkeit und Gesellschaft (FÖG) die Berichterstattung von SRF als nahezu komplett politisch ausgewogen.

Schlagabtausch

Der Waadtländer Ständerat Pierre-Yves Maillard (SP) meint sarkastisch, dass die Befürworter der Initiative zumindest ehrlich seien: «Es geht nicht um Kaufkraft, wie es in der Kampagne behauptet wird. Es ist politisch, weil die SRG ihnen zu links ist.» Das sei reine Propaganda und Ideologie. «Ich frage ja auch nicht, welche politische Gesinnung die Armeeoffiziere haben, wenn ich die direkte Bundessteuer bezahle.»

«Vergleichen Sie die nationale Sicherheit gerade mit einer Talkshow wie «Les bras cassés» von Couleur 3?», fragt David Biner. «Die Unabhängigkeit der In-

formation ist ein Element der öffentlichen Sicherheit», fährt Pierre-Yves Maillard fort. Mit der SRG habe man einen Mediendienst, der dem Volk gehöre. «Ich verstehe nicht, wie eine Partei, die sich als «Volkspartei» bezeichnet, diesen zerstören will, um ihn durch Medien zu ersetzen, die Milliardären gehören.»

«Es gibt nicht nur rechte Milliardäre», sagt Manfred Bühler darauf.

«Augenwischerei»

Was die finanzielle Belastung der Haushalte angeht, merkt Pierre-Yves Maillard an, dass die jüngsten Budgetkürzungen (die Radio- und Fernsehgebühren wurden im Jahr 2021 von 451 Franken auf 335 Franken gesenkt, Anm. d. Red.) dazu geführt hätten, dass Fussballspiele nicht mehr übertragen werden und die Bevölkerung viel teurere Abonnemente bezahlen müsse, um Zugang zu denselben Inhalten zu erhalten.

Virginie Borel, Direktorin des Forums für Zweisprachigkeit, pflichtet ihm bei. Die Initiative sei nur Augenwischerei. «Man lockt uns mit sofortigen Einsparungen, aber letztlich müssen wir das, was wir bei der SRG nicht mehr finden, anderswo bezahlen.»

Manfred Bühler ist damit nicht einverstanden. «Wenn mich Fussball interessiert, abonniere ich ihn. Aber ich will nicht für etwas bezahlen, das mich nicht interessiert und nicht zum Auftrag des Service public gehört.»

Info: Eine zweite Debatte zum Thema findet am 23. Februar um 18 Uhr im Kultur- und Freizeitzentrum von Saint-Imier statt. Der Direktor von RTS, Pascal Crittin, wird sich mit Manfred Bühler, Stéphanie Mérillat (Co-Präsidentin des EHC Biel), und Hervé Gullotti (Gemeindepräsident von Tramelan und SP-Kandidat für den Berner Regierungsrat), austauschen.

Neubauprojekt im Zentrum von Aarberg: Migros, Wohnungen und neuer Busbahnhof

In Aarberg beim Bahnhof soll es schon bald etwas anders aussehen: Es entsteht ein vierstöckiger Neubau mit Läden und Wohnungen.

Nik Egger

Auf dem alten Postareal im Zentrum von Aarberg steht ein grösserer Umbruch bevor. Das Grundstück gehört der Migros-Genossenschaft und ist derzeit mit einem braunen Gebäude aus den 1970er-Jahren bebaut. Seit mehreren Jahren gibt es Pläne für einen Neubau. Im vergangenen Sommer reichte die Migros das Bauge-such ein, die Unterlagen sind inzwischen öffentlich einsehbar. Das bestehende Gebäude soll vollständig abgerissen wer-

den. Geplant ist ein Neubau mit hellgrauer Fassade, der sich aus mehreren Teilen zusammensetzt. Erdgeschoss und erster Stock bilden eine grosse Grundfläche. Darüber sind zwei turmartige Aufbauten vorgesehen, von denen einer ein Geschoss höher ist als der andere. Insgesamt wird das neue Gebäude vier Stockwerke umfassen. Zudem ist eine Tiefgarage geplant.

Die Migros-Verkaufsfläche soll künftig im ersten Stock untergebracht werden. Das Erdge-



So ungefähr soll das neue Gebäude beim Bahnhof Aarberg aussehen: Tiefgarage, Ladenflächen und Wohnungen sind geplant. Bild: Visualisierung: zvg

schoss wird zu einem grossen Teil für die Warenanlieferung sowie für die Rampe zur Tiefgarage genutzt. Daneben sind zwei weitere Ladenflächen vorgesehen, die vermietet werden sollen. In den oberen Geschossen entstehen insgesamt 19 Wohnungen. Die heutige Postfiliale befindet sich noch im bestehenden Gebäude. Trotz Abbruch und Neubau soll die Post weiterhin in Aarberg präsent bleiben. Auf Anfrage bestätigte die Post, dass sie sich im neuen Gebäude einmieten wird. Für die Bauzeit ist ei-

ne provisorische Lösung vorgesehen.

Ein weiteres Element des Projekts ist der neue Busbahnhof. Die Gemeinde Aarberg verfolgt dieses Vorhaben seit Längerem, da der heutige Busbahnhof klein und nicht barrierefrei ist. Vor dem Neubau sind drei überdachte Halteanlagen geplant. Laut Baugesuch ist die Lösung jedoch nicht optimal: Aufgrund der Platzverhältnisse können die Busse auf dem Areal nicht wenden und müssen über den Kreisell beim Aarberg-Center ausweichen.